

Süddeutsche Zeitung

Mediadaten

Newsletter

Eilmeldungen

RSS

Apps

Jobs

SZ Abonnements:

AGB

Datenschutz

Datenschutz-Einstellungen

Abo telefonisch kündigen

089/2183-8955

Abo online kündigen

Vertrag mit Werbung:

Vertragsbedingungen

Datenschutz

Cookie-Policy

Vertrag mit Werbung kündigen

Widerruf nach Fernabsatzgesetz

Widerspruch

Kontakt und Impressum

Infos zur Barrierefreiheit



Arbeitsministerin Bärbel Bas (SPD), Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) und das liebe Geld. Von Weihnachtsstimmung ist im Regierungsviertel keine Spur.
(Foto: Collage: sted/SZ, Fotos: AFP, AP)

KI Zusammenfassung



Nach Abschluss des Renten-Dramas bleibt die erhoffte Entspannung in der schwarz-roten Koalition aus. Vielmehr stellt sich die Frage: Sind Union und SPD wirklich zu gemeinsamen Reformen bereit?

Von Claus Hulverscheidt, Berlin

Koalition gerettet! Koalition gerettet? Nach der überaus mühsamen Verabschiedung des Rentenpakets im Bundestag stellt man sich bei Union und SPD zu Beginn der neuen Woche die Frage, was das nun war: ein heilender Schock, der die Regierungspartner neu zusammenschweißt, oder doch der Vorbote weiterer Streitigkeiten, die das Bündnis in den kommenden Monaten immer wieder auf die Probe stellen werden?

Während sich die SPD-Chefs Bärbel Bas und Lars Klingbeil am Wochenende immerhin bemühten, dem Koalitionspartner ihre Bereitschaft zu einem grundlegenden Umbau des Rentensystems zu signalisieren, sind Unionspolitiker zunehmend skeptisch, ob die aus ihrer Sicht nötigen tiefgreifenden Reformen mit den Sozialdemokraten überhaupt möglich sind.

Die Kommission müsste auch über Punkte sprechen, die für Union oder SPD bisher tabu sind

Arbeitsministerin Bas zeigte sich in der ARD zu einer „mutigen“ Rentenreform ohne Denkverbote bereit. „Es wird nicht reichen, nur an zwei Schraubchen zu drehen, sondern wir brauchen ein ganz neues System“, sagte sie. In der Reformkommission, die noch vor Weihnachten eingesetzt werden soll, müssten „alle Themen auf den Tisch“ kommen. „Da geht es um das Renteneintrittsalter. Da geht es um die Verbreiterung – wer soll einzahlen? Da geht es um Einkünfte“, so die Ministerin. Vorbild könnten Länder wie Schweden, die Niederlande, Dänemark und Österreich sein, die solche Reformen bereits getätigt hätten.

Eine Idee, die Bas als „grundsätzlich ganz gut“ bezeichnete, ist, den Renteneintritt an die Zahl von Beitragsjahren zu koppeln, statt an das Alter. Wer etwa mit 16 schon mit einer Ausbildung anfangen und dann eine gewisse Strecke in die Sozialversicherungssysteme einzahlen, könne dann auch früher aussteigen. Wer später anfangen wie Akademiker, die erst studieren und dann später erst in die Kassen einzahlen, „der muss dann auch länger arbeiten“, so Bas.

Sollte es Bas damit ernst sein, dann müsste die Kommission auch über Punkte sprechen, die für Union oder SPD bisher tabu sind, ohne die eine nachhaltige Stabilisierung der Rentenversicherung nach Ansicht von Experten aber kaum möglich sein wird. Beispiel ist eine weitere Verlängerung der Lebensarbeitszeit über 67 Jahre hinaus, was die SPD bisher strikt ablehnt. Umgekehrt stößt eine mögliche erstmalige Einbeziehung von Beamten, Abgeordneten und anderen

Gruppen in die gesetzliche Rente auf Widerstand bei der Union.

Finanzminister Klingbeil legte derweil erste Pläne für eine Reform der privaten Altersvorsorge vor. Sie soll die viel kritisierte Riester-Rente ablösen und dazu beitragen, dass Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen ihren Lebensstandard auch dann sichern können, wenn der Druck auf die gesetzliche Rentenkasse weiter steigt.

Klingbeil spricht von einer „attraktiven, kostengünstigeren und unbürokratischeren Lösung“

Anders als bisher müssen private Altersvorsorgeanbieter nicht mehr in allen Fällen garantieren, dass sie die angesparten Gelder im Alter zu mindestens 100 Prozent auch wieder auszahlen. Vielmehr sollen die Bürger zwischen „sicherheitsorientierten Garantieprodukten“ und einem „renditeorientierten Altersvorsorgedepot ohne Garantien“ wählen können. Bei der Riester-Rente führen die starren, stark auf Sicherheit bedachten Garantievorgaben bisher oft dazu, dass die Gelder der Sparer nur in sehr gewinnschwachen Anlagen angelegt werden können. Zudem wird die ohnehin spärliche Rendite oft durch hohe Gebühren aufgeessen. Diese sollen nun bei 1,5 Prozent gedeckelt werden.

Sonntagsfrage

So würden die Deutschen wählen, wenn Bundestagswahl wäre

Die Regierungsparteien Union und SPD sind unbeliebt, AfD und Linke gewinnen an Unterstützung. Eine Übersicht zur Wählerstimmung in der Sonntagsfrage in Grafiken.



Von Sören Müller-Hansen und Marko Zotschew



Wer zur Altersvorsorge Anteile etwa an einem Investmentfonds kauft, erhält pro einbezahltem Euro künftig eine staatliche Grundzulage von 30 Cent. Dies gilt bis zu einer Grenze von 1200 Euro jährlich. Bis 1800 Euro schrumpft der Zuschuss auf 20 Cent. Zudem ist eine Kinderzulage von 25 Cent pro angelegtem Euro geplant. Sie ist auf 300 Euro je Kind limitiert. Klingbeil sprach von einer „attraktiven, kostengünstigeren und unbürokratischeren Lösung“, die dafür sorgen solle, „dass viel mehr Menschen in unserem Land die private Altersvorsorge auch in Anspruch nehmen“.

*„Mein Vertrauen in den
Koalitionspartner ist nach 200 Tagen*

vollständig aufgebraucht.“

Christian von Stetten, CDU-Wirtschaftspolitiker

Ob die Reformpläne und -bekundungen der beiden SPD-Schergewichte dazu führen werden, das Vertrauen innerhalb der Koalition wieder zu stärken, ist aber offen. Der Chef der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Alexander Hoffmann, sagte im Deutschlandfunk, der Streit über die Rente sei ein Vorgang gewesen, wie „er uns in dieser Legislaturperiode noch öfter ins Haus stehen wird“. Grund seien die knappen Mehrheitsverhältnisse im Parlament und der Umstand, dass „wir eine Legislaturperiode haben, wo wir große Herausforderungen für das Land anpacken müssen“.

Noch sehr viel deutlicher wurde der Chef des unionsinternen Parlamentskreises Mittelstand, Christian von Stetten. „Mein Vertrauen in den Koalitionspartner ist nach 200 Tagen vollständig aufgebraucht“, schrieb der CDU-Wirtschaftspolitiker in einer E-Mail, die der *Süddeutschen Zeitung* vorliegt. „Es ist die SPD, die seit Monaten wichtige Reformvorhaben verzögert und für Stillstand sorgt.“

Wie handlungsfähig die Koalition noch ist, wird sich rasch zeigen, denn nach dem Renten-Drama stehen noch im Dezember die nächsten Streitthemen auf der Agenda. Dazu zählen neben der Einsetzung besagter Rentenkommission die Stabilisierung der Krankenkassenbeiträge, die Reform des Heizungsgesetzes und der Versuch, das immer noch gewaltige Loch in der Haushaltsplanung für 2027 zu schließen. Von Weihnachtsstimmung also keine Spur im Berliner Regierungsviertel.

Hinweis der Redaktion: Dieser Text ist die erweiterte Fassung einer früheren Version.

© SZ - Rechte am Artikel können Sie [hier](#) erwerben.

  
Teilen Feedback Drucken

Jetzt kommentieren

Zur SZ-Startseite

Meinung **Rentenpolitik**

Nicht die jungen Rebellen sind das Problem, der Kanzler ist es

SZPlus Kommentar von Hendrik Munsberg 



Lesen Sie mehr zum Thema